

— ZUHAUSE GESUCHT —



Lilli und Linos sind alleine

WIESBADEN (red). Edda Ott vom „Verein zur Verhütung von Katzen Nachwuchs“ sucht ein neues Zuhause für ein Katzen-Geschwisterpaar. Lilli und Linos sind durch den Tod ihres Frauchens plötzlich alleine. Derzeit werden sie von der Nachbarin, die sie schon immer mitversorgt, betreut, sodass sie erst einmal in ihrem bekannten Umfeld bleiben können. Das Geschwisterpaar versteht sich gut, sie beschäftigen sich zusammen, sind freundlich, sauber und ausgeglichen. Kater Linos schmust und taut gegenüber Fremden bald auf, Lilli lässt sich damit etwas Zeit. Linos und Lilli sind an Wohnungshaltung gewöhnt, mögen aber einen gesicherten Balkon als Ausblick. Beide Katzen sind kastriert.

Weiterhin sucht Edda Ott für die einjährige, freundliche Katze Mira ein neues Zuhause.



Kater Linos Foto: Edda Ott

Edda Ott, Telefon 0611-4685 10 oder 0162-15 47 122
Internet: www.katzeinnot.com

— BLAULICHT —

Unfall mit Rad und E-Scooter

WIESBADEN (red). Am Montagmittag kam es in der Biebricher Allee zu einem Unfall zwischen einem Fahrradfahrer und einem E-Scooter-Fahrer. Der E-Scooter-Fahrer flüchtete. Der Fahrradfahrer fuhr auf dem Radweg in Richtung Biebrich. In Höhe eines Matratzen-geschäftes an der Ecke Theodor-Heus-Ring kam der unbekannte Jugendliche mit seinem E-Scooter auf dem Radweg und somit auf der falschen Straßenseite entgegen, berichtet die Polizei. Wegen eines wartenden Autos wichen beide teilweise auf den Gehweg aus, wo sie frontal zusammenstießen. Sowohl der 61-jährige Fahrradfahrer als auch der E-Scooter-fahrer erlitten bei dem Zusammenstoß leichte Verletzungen im Gesicht. Der Jugendliche flüchtete über den Keltweg. Er soll 15 bis 16 Jahre alt gewesen sein, dunkle Haare gehabt und dunkle Kleidung getragen haben. Hinweise an die Polizei unter Telefon 0611-345-2540.

Außenspiegel beschädigt

WIESBADEN (red). Einen Schaden von mehreren Hundert Euro verursachten Unbekannte in der Nacht auf Montag in Wiesbaden. In der Anglergasse in Schierstein wurden an drei geparkten Autos die Außenspiegel beschädigt. Schon in den vergangenen Tagen hatte es Fälle von Beschädigungen im Stadtteil gegeben. Hinweise nimmt das 5. Polizeirevier unter 0611-345 25 40 entgegen.



Stadt will keinen Austausch

Trägerverein der „Westend Moschee“ wird vom Verfassungsschutz beobachtet / Magistrat antwortet auf Anfrage im Ausschuss

Von Erdal Aslan

WIESBADEN. Die Stadt Wiesbaden hat aktuell nicht vor, mit der „Westend Moschee“ in der Helenenstraße in einen Austausch zu treten. Das geht aus einer Antwort des Magistrats an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik hervor. Der Trägerverein der Moschee, „Elazig Bingöl Kültür ve Dayanisma Derneği-Vahdet“, steht laut Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) der Türkischen Hizbullah (TH) nahe und wird deshalb seit einigen Jahren beobachtet. „Für eine vom LfV abweichende Bewertung liegen dem Dezernat keine Anhaltspunkte vor.“

So lautet die Antwort auf eine Frage in einem Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Grünen im Ausschuss, ob der Magistrat die Einschätzung des LfV teilt. Für weitere Informationen müsse der Ausschuss den Verfassungsschutz einladen, heißt es in dem Schreiben, das vom Integrationsdezernenten Christoph Manjura (SPD) unter-

zeichnet ist. „Der Verfassungsschutz hat uns inzwischen mitgeteilt, dass er nicht mehr als in ihrem Jahresbericht sagen kann und daher einen Besuch abgelehnt“, sagt Ausschussvorsitzender Jörg Sobek (Piraten) dieser Zeitung.

Der ehemalige Vorsitzende des Vereins habe schon 2018 die städtische Integrationsvereinbarung mit Moscheen unterzeichnen wollen, wie die Stadt informiert: „Im Rahmen dieses Gesprächs wurde er direkt mit der kritischen Bewertung durch das LfV konfrontiert. Die Reaktion war ausweichend und unbeeindruckt.“ Eine Unterzeichnung der Integrationsvereinbarung sei vom Amt für Zuwanderung und Integration abgelehnt worden, „da das Bestreben des Vereines offensichtlich mit der Erwartung der damit vermuteten künftigen Unangreifbarkeit rein strategischer Natur war“. Gegenüber dieser Zeitung sagte der ehemalige Vorsitzende, dass er mit dem Verfassungsschutz in Kontakt treten wolle. Eine bauliche Erweiterung der Mo-

schee, wie im Ausschuss vermutet, kann das Dezernat im Übrigen nicht bestätigen. Dem Bauaufsichtsamts liege nur ein Bauantrag zur statischen Erleichterung des Daches beziehungsweise der Beseitigung der Mängel vom September 2020 vor.

Gegenentwurf von muslimischen Kurden zur PKK

Die Türkische Hizbullah wird vom LfV Hessen als islamistische Gegenentwurf zur „säkular-linksextremistisch ausgerichteten kurdischen Terrororganisation“ PKK definiert. Die Türkische Hizbullah entstand laut LfV in den 80er Jahren im Südosten der Türkei, als sich muslimische Kurden zu einer Organisation zusammenschlossen. In den darauffolgenden Jahren hat die Türkische Hizbullah mehrere Anschläge verübt. Laut einer Erklärung im Jahr 2012 solle das politische System in der Türkei fortan „legal und gewaltfrei überwunden und eine islamische Herrschaft

errichtet werden“. Wiesbaden wird vom Verfassungsschutz als „Schwerpunkt der TH in Hessen“ bezeichnet. Der ehemalige Imam ist mittlerweile abgeschoben, doch die Moschee „stellte wenige Monate später erneut einen bedeutsamen Akteur der TH als Imam ein und beschäftigte ihn mehrere Monate“, heißt es im LfV-Jahresbericht. Die Umbenennung der „Vahdet Moschee“ in „Westend Moschee“ Anfang 2019 und den Austausch des Vorstands sieht das LfV, wie berichtet, als „lediglich äußere Veränderung“ an. Ideologisch halte die Westend Moschee weiterhin an ihren Verbindungen zur TH fest.

Die Westend-Moschee ist aktuell auch Thema im Landtag: Die AfD-Fraktion hat in einer „Kleinen Anfrage“ im Februar die Landesregierung unter anderem gefragt, ob sie Kenntnisse über den neuen Imam und Vorstand hat und wie sie deren Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewertet.

Klarinetten und Notebooks für Kinder

Wie sich der Partnerschaftsverein Wiesbaden-Fatih für Bildung und Teilhabe in Istanbul engagiert

Von Hendrik Jung

WIESBADEN/FATIH. Wie pflegt man eine Städtepartnerschaft, wenn aufgrund der Pandemie keine gegenseitigen Besuche stattfinden können? Eine Lösung der Verein „Partnerschaft Wiesbaden – Istanbul/Fatih“ gefunden. „Die gute Kassenlage erlaubte eine Spendenaktion für bedürftige Kinder und Jugendliche in Fatih zur Erleichterung ihrer Teilnahme an Bildung und Kultur“, berichtet der Vereinsvorsitzende Thilo Tilemann. Zum einen finanzierte der Verein für die Schule Cagaloglu Anadolu Lisesi (CAL), die über eine deutsche Abteilung verfügt, die Anschaffung von neun Notebooks und kabellosen Mäusen für den Distanzunterricht, zum anderen den Erwerb von zwei Klarinetten, einem Notebook, einer Kamera sowie Zubehör für den Distanzunterricht der Stiftung



„Musik für den Frieden“. Für die Stiftung, die im vergangenen Jahr ihr 15-jähriges Bestehen gefeiert hat, ist die erstmalige Unterstützung durch den Partnerschaftsverein wie ein zusätzliches Geburtstagsgeschenk gewesen, freut sich Programmkoordinatorin Hazal Kol. Die Klarinetten ermöglichten den Schülern nun das Musizieren mit besseren Instrumenten. Das technische Equipment sei zum Einsatz gekommen, um Vorbereitungen und Proben für die Teilnahme der Stiftung beim Anfang März ausgerichteten Online-Festival „Women of the World Istanbul“ aufzunehmen.

Während außer beim Chor der Stiftung derzeit keine Online-Proben stattfänden, habe man allein im Januar 167 Kinder durch musikalische und soziale Aktivitäten erreicht. Instrumentalisten hätten Einzel- oder Gruppenunterricht erhalten. Man habe die Kinder aber auch bei zusätzlichen Workshops zusammengebracht, in denen neben Body Percussion mithilfe von Ehrenamtlichen auch soziale Themen wie Kinderrechte, Tierrechte oder Gleichberechtigung der Geschlechter behandelt worden seien, berichtet Kol. Derzeit könnten alle Schüler am Distanzunterricht teilnehmen.

Umfragen hätten ergeben, dass 90 Prozent der Befragten diesen nicht nur effizient fänden, sondern sich dadurch in Zeiten der Pandemie auch gestärkt fühlten.

In Zukunft hoffe man, durch hybride Modelle noch mehr

Kinder zu erreichen. Im Partnerschaftsverein wiederum gibt es Überlegungen, in diesem Jahr den Mädchenchor des CAL oder auch die zweisprachige Mittelschule IELEV in Fatih finanziell zu unterstützen.



Der neunjährige Filiz Baran mit einer der Klarinetten, die der Partnerschaftsverein finanziert hat. Foto: Hazal Kol

Geldstrafen für illegales Autorennen

Zwei junge Fahrer hatten sich auf der Wilhelmstraße nachts rücksichtslos ausgetobt

Von Wolfgang Degen

WIESBADEN. Sie wären wohl noch länger durch die Stadt gerast, der „Gewinner“ stand noch nicht fest. Kurz darauf waren beide Fahrer Verlierer, denn sie sahen, für sie völlig überraschend, am Ende der Friedrich-Ebert-Allee die „Zielflagge“: Die Polizei blockierte in einem Zivilfahrzeug die Straße, und so endete in der Nacht des 17. Mai 2020 das Rennen, das sich Alihan T. in seinem PS-starken Mercedes AMG C43 und seine Konkurrentin, unterwegs in einem BMW X5, ab der Taunusstraße über die Wilhelmstraße geliefert hatten.

Mit 127 Stundenkilometern durch die Innenstadt

In der Spitze waren sie mit 127 Stundenkilometern unterwegs, an der Einmündung zur Friedrichstraße ließen sie sich auch von einer roten Ampel nicht stoppen.

Im Amtsgericht verkündete Richterin Doris von Werder nun die Quittung für das illegale Autorennen, das die Polizei aus dem Zivilfahrzeug gefilmt hatte. Die Polizisten hatten, als ihnen die beiden Autos auffielen, gewendet und waren hinterhergefahren. Alihan T., der Mann mit dem Mercedes, kassierte eine Gesamtgeldstrafe von umgerechnet 10.800 Euro. Gesamtgeldstrafe, weil er im Januar 2021 auch noch erwirkt wurde, als er ohne Fahrerlaubnis wieder am Steuer saß. Hin zum Kiosk, zurück vom Kiosk.

Seit Mai, seit dem Rennen, muss sich der 24-Jährige wie „amputiert“ vorgekommen

sein, nach dem Rennen war ja der Führerschein weg. Fahren wollte er gleichwohl, er scheint ein Unverbesserlicher zu sein, denn es ist noch ein weiteres Verfahren wegen „Fahren ohne Führerschein“ anhängig. Die Sperre wurde mit der Verurteilung um ein Jahr verlängert.

Auto gehörte der Mercedes-Bank

Sein Spielzeug, den Mercedes AMG C43, ist auch er los, das Auto gehörte der Mercedes-Bank. Das sichergestellte Auto wurde nun an Mercedes herausgegeben. Alihan „Gaspedal-Rivalin“ muss umgerechnet 2900 Euro Geldstrafe zahlen, einbezogen darin ist eine Vorverurteilung aus Darmstadt wegen Körperverletzung. Fünf weitere Monate Fahrerlaubnis-Sperre kommen hinzu. Die 22-Jährige hatte den BMW geliehen, der Verleiher fordert nun knapp 20000 Euro, weil er längere Zeit nicht über den von der Polizei sichergestellten Wagen verfügen konnte.

Die Frau ist ohnehin hoch verschuldet, und das bei 800 Euro, die sie monatlich als Kassiererin verdient. Den BMW, finanziell viele Nummern zu groß, hatten sie und ihr damaliger Freund gemietet, um angeben zu können. Sie hatte einen alten Golf, mit dem sich vor der Shisha-Bar nicht protzen ließ, und der Ex-Freund hatte nicht mal einen Führerschein. Er wollte aber auch etwas darstellen, wenn auch nur als Beifahrer. Das Geld hatte gerade gereicht, dass sie den BMW X5 für einen Tag hatten mieten können.

Ostfeld: Maritzen klagt gegen Ausschluss aus Gremien

Gibt es einen Interessenkonflikt? Stadtverordneter reicht Klage beim Verwaltungsgericht ein

WIESBADEN (red). Mit der Frage, ob Ronny Maritzen, Ortsbeiratsmitglied in Kastel und Wiesbadener Stadtverordneter, zu Recht bei der Beratung und Beschlussfassung zur Satzung der geplanten Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) Ostfeld im September ausgeschlossen wurde, soll sich nun das Verwaltungsgericht in Wiesbaden befassen. Maritzen, der dem Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK und den Grünen angehört, hat laut einer Mitteilung des AUF Klage eingereicht. Der umstrittene neue Stadtteil soll nach den Plänen der Stadt zwischen Erbenheim, Amöneburg und Kastel entstehen. Naturschützer haben Bedenken.

„Die juristische Frage ist, ob ich im Sinne des Paragraphen 25 HGO betroffen bin, also ob ich im Hinblick auf die Entscheidung zum Ostfeld einen direkten persönlichen Vor- oder Nachteil haben könnte.“ Den sieht Maritzen, Anlieger am Fort Biehler, nicht: „Ich bin kein Grundstückseigentümer am Fort Biehler. Ich kann weder vom Ostfeld wirtschaftlich profitieren, noch kann ich persönlich finanzielle Nachteile davon haben.“ Maritzen ist seit mehr als 25 Jahren am Fort Biehler politisch aktiv und ein erklärter Geg-

ner jeglicher Bebauung dort. 1995 war er Gründungssprecher der Bürgerinitiative Fort Biehler, die sich erfolgreich gegen eine geplante Bebauung wehrte.

„Dass sich betroffene Bürger politisch engagieren, dass sie Initiativen gründen und dann auch für Parlamente kandidieren, um ihre Ziele zu verfolgen, ist ein in der Demokratie völlig normaler Vorgang“, argumentiert Frank Porten, Sprecher des AUF. „Unüblich und rechtlich fragwürdig ist aber, solche betroffenen Bürgervertreter dann aus den Gremien zu entfernen.“

Irmtraud Jungels auch zunächst ausgeschlossen

Auch Maritzens Fraktionskollegin im Ortsbeirat, Irmtraud Jungels, wurde im September wegen eines angeblich vorliegenden Interessenwiderstreites ausgeschlossen. Zwei Monate später – als es wieder um das Ostfeld ging – sah der Ortsbeirat das anders: Im Gegensatz zu Maritzen durfte sie an der November-Sitzung des Ortsbeirats Kastel wahrnehmen. „Das ist alles ziemlich willkürlich“, kommentiert Porten das Verfahren.

Das Verwaltungsgericht in Wiesbaden muss zunächst über die Zulässigkeit der Klage entscheiden.